



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Professor Dr. Luciano Monzali**

**Die Lösung eines europäischen Minderheitenkonflikts: Giulio Andreotti,  
Italien und die Südtirol-Streitbeilegung vor der UNO 1989-1992<sup>1</sup>**

22. Mai 2017

---

**Zum Referenten**

*Luciano Monzali studierte Politische Wissenschaften an der Universität Bologna und schloss 1990 sein Studium mit einer Arbeit zum Antisemitismus im französischen Nationalismus 1885-1914 ab. Er promovierte im Bereich der Geschichte der internationalen Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität La Sapienza in Rom zum Thema „Die äthiopische Frage in der italienischen Außenpolitik 1914-1919“. Zwischen 1995 und 2001 arbeitete er am Lehrstuhl für Geschichte der Verträge und internationalen Beziehungen der Universität Parma. Seit 2005 forscht Luciano Monzali am Institut für politische Wissenschaften der Universität Bari, seit 2005 als Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen.*

**Vortrag**

Der mehrmalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti erlebte die schwierigen Beziehungen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Italien und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg höchstpersönlich und als Protagonist mit. Der Monsignor Giovanni Battista Montini nahestehende römische Politiker, erst Präsident der FUCI (Katholischer Studentenverband) und später Journalist, war an der Gründung der Democrazia Cristiana beteiligt und wurde zum engen Mitarbeiter von Alcide De Gasperi, dem Führer seiner Partei, der ihn 1947 zum Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten ernannte, ein Posten, den er bis Anfang 1954 innehatte.

Als De Gasperi ihn zu seinem Staatssekretär berief, vertraute er Andreotti das *Ufficio per le zone di confine* (Amt für die Grenzgebiete) an, ein Organ des Ministerratspräsidiums, der das österreichisch-italienische Abkommen De Gasperi-Gruber von 1946 umsetzen sowie damit verbundene Problematiken und Fragen hinsichtlich des Gebiets Südtirol in Angriff nehmen sollte.

Von 1947 bis 1954 hatte der junge römische Abgeordnete also direkt Anteil an der Entwicklung der Beziehungen zwischen Rom und Wien und verfolgte die schwierige Umsetzung des Gruber-De Gasperi-Abkommens, den Erlass des „Optatendekretes“ und die Verabschiedung des Autonomiestatuts der Region Trentino-Südtirol mit. Von dem Trentiner Staatsmann De Gasperi lernte Andreotti politischen Realismus. In diesem Fall war es das Wissen darum, dass es für einen militärisch schwachen und innenpolitisch fragilen Staat wie Italien lebenswichtig war, gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu pflegen sowie stabile und international anerkannte politische Grenzen zu besitzen.

In den Jahren nach dem Tod De Gasperis 1954 war Andreotti weiterhin aktiv in der Politik tätig und entwickelte sich zu einem der sogenannten *cavalli di razza* der DC, d.h. zu einem der christdemokratischen Vollblutpolitiker mit besonderem Talent, deren kontinuierliche Präsenz in der Regierung als notwendig galt.

---

<sup>1</sup> Aus dem Italienischen übersetzt von Susanne Kolb.

Von 1959 bis 1966 war Andreotti Verteidigungsminister und erlebte die turbulente Zeit mit, in der der internationale Streit mit Österreich über die Südtirol-Frage ausbrach und Tiroler Terroristengruppen Bombenanschläge verübten. Man kann nicht umhin, auf die Wirkung hinzuweisen, die diese dramatischen Ereignisse – aufgrund derer die italienische Führungsschicht über Jahre hinweg in einen offenen Konflikt mit der österreichisch-deutschen Welt trat, wobei Österreich die Tiroler Irredentisten stillschweigend duldete und die Bundesrepublik, unter anderem Bayern, mit dem Kampf der deutschen Südtiroler sympathisierte – auf Politiker wie Andreotti hatten, indem sie in ihm die Vorstellung verankerten, der germanische Nationalismus sei gefährlich und destabilisierend für Italien und Europa.

Als Verteidigungsminister war Andreotti eine der Hauptfiguren im Kampf gegen den Tiroler Terrorismus und nahm persönlich an den schwierigen Verhandlungen mit der Südtiroler Volkspartei (SVP) und Österreich teil. Der verfügbaren Dokumentation können wir entnehmen, dass Andreotti die von Aldo Moro, Mario Scelba und Giuseppe Saragat (zuerst Außenminister, dann Staatspräsident) verfolgte Strategie des Dialogs mit Österreich und der SVP befürwortete. Im Ministerrat sprach er sich für Friedensverhandlungen aus, die die SVP zu einer Kompromisslösung bewegen und viele ihrer Forderungen erfüllen sollten.

Bei einem Treffen in Kopenhagen am 30. November 1969 trafen die Außenminister Aldo Moro und Kurt Waldheim, also die jeweiligen Außenminister Italiens und Österreichs, Vereinbarungen darüber, wie sie den 1960 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen begonnenen Streit beizulegen gedachten. Die beiden Kontrahenten legten 1969 einen „Operationskalender“ mit einer Reihe von Maßnahmen fest, zu deren Umsetzung sich die zwei Regierungen verpflichteten, um die Spannungen im bilateralen Verhältnis abzubauen. Die italienische Regierung erklärte ihre Absicht, ein Maßnahmenpaket zugunsten Südtirols (bestehend aus Änderungen der Klauseln des Regionalstatus, Sondergesetzen und Verwaltungsverordnungen) zu verabschieden. Ein besonders wichtiger Teil der Kopenhagener Einigung waren die Dokumente, die die Beilegung des Streits betrafen: die Mitteilung der Streitbeilegung an die Vereinten Nationen, die Übereinkunft, eventuelle Kontroversen hinsichtlich der Auslegung und Umsetzung der bilateralen Verträge zwischen den beiden Staaten vor dem Den Haager Internationalen Gerichtshof zu verhandeln und die sogenannte *quietanza*, die Streitbeilegungserklärung Österreichs.

Nach italienischem Verständnis war der „Operationskalender“ kein internationales Abkommen, „sondern eine zeitliche Abfolge von unilateralen Handlungen, die die italienische und die österreichische Regierung, jede für ihren Teil, zu vollziehen beabsichtigten, um zu einer Beilegung des Streites über die Umsetzung des Pariser Abkommens zu gelangen“. Der von Moro und Waldheim in Kopenhagen vereinbarte Operationskalender war demnach kein neuer ergänzender oder zusätzlicher Vertrag zum Gruber-De Gasperi-Abkommen, das nach Ansicht der römischen Regierung mit dem Erlass des Autonomiestatuts für die Region Trentino-Südtirol im Jahr 1948 bereits in vollem Umfang erfüllt worden war und das als „einziger rechtsgültiger Text“ zwischen Österreich und Italien galt. Zu betonen ist dabei, dass das zwischen der Südtiroler Volkspartei (SVP) und der römischen Regierung vereinbarte Maßnahmenpaket aus italienischer Sicht rein innenpolitischen und unabhängigen Charakter hatte und folglich für letztere keine neuen internationalen Verpflichtungen darstellte. Ebenso wenig akzeptabel wäre es für Italien gewesen, wenn Österreich einzelne Maßnahmen des Pakets in Frage gestellt hätte. Anders jedoch war die österreichische Auslegung der Kopenhagener Einigung: Aus Wiener Sicht war Italien dem Gruber-De Gasperi-Abkommen nicht vollständig nachgekommen, daher kam die Kopenhagener Einigung der Erfüllung des Vertrags vom September 1946 gleich und war somit ein neuer internationaler Vertrag. Auch das Maßnahmenpaket wurde als internationale Verpflichtung oder zumindest als eine juristische Verbindlichkeit Italiens gegenüber Österreich verstanden, das Anspruch auf ein Mitbestimmungsrecht in Südtirol erhob.

Anfang Dezember präsentierte der italienische Regierungschef Mariano Rumor im italienischen Parlament den in Kopenhagen festgeschriebenen Operationskalender und

das Südtirol-Paket und erhielt eine große parlamentarische Mehrheit. Auch das österreichische Parlament stimmte dem Moro-Waldheim-Abkommen zu. Mit der sogenannten Kopenhagener Einigung nahm die dramatischste Phase des Konfliktes zwischen den beiden Staaten ein Ende, und es begann eine allmähliche Entspannung der bilateralen Beziehungen.

Von den frühen siebziger Jahren an profilierte sich Giulio Andreotti als wichtiger politischer Leader auf nationaler Ebene und wurde zu einem der unangefochtenen Führer der *Democrazia Cristiana*. Im Unterschied zu starken und unnachgiebigen Persönlichkeiten wie Mario Scelba war Andreotti ein skrupelloser Taktiker und pflegte Beziehungen zu allen politischen Parteien: Er trat als Verfechter des Antikommunismus und des katholischen Konservatismus sowie als Befürworter von zentristischen Regierungsformen oder Mitte-Rechts-Koalitionen auf, doch gleichzeitig unterhielt er gute Kontakte zu Vertretern der kommunistischen Partei und war bereit, auf politischer Ebene mit dem *Partito Comunista Italiano (PCI)* zusammenzuarbeiten. Anfang 1972 gelang es Andreotti zum ersten Mal, eine Regierung zu bilden, mit dem Auftrag, das Land zu vorgezogenen Parlamentswahlen zu führen. Die Wahlen vom Mai 1972, die für die Regierungskräfte enttäuschend ausfielen und die rechtsradikale Partei Movimento Sociale Italiano (*MSI*) anwachsen ließen, bewegten die *Democrazia Cristiana* dazu, sich zur Mitte hin zu orientieren und unter Beteiligung der Liberalen Partei eine erneut von Andreotti geleitete Regierung zu bilden. Diese war nicht von langer Dauer, stürzte im Juli 1973 und wurde durch eine neue Mitte-Links-Regierung unter der Führung Rumors ersetzt.

Doch Andreotti rückte schon recht bald wieder ins politische Rampenlicht. Von 1973 an positionierte sich der römische Politiker neu, indem er Abstand nahm von der traditionell starren kommunistenfeindlichen Haltung des rechten Flügels der *Democrazia Cristiana* und sich dafür aussprach, Formen der Zusammenarbeit mit dem *Partito Comunista* zu finden. Gleich nach den Parlamentswahlen im Juni 1976, bei denen der *PCI* Stimmen dazugewann, während die *DC* prinzipiell ihr Niveau halten konnte, zog es Aldo Moro, der die gesamte christdemokratische Partei in seine politischen Pläne mit einbeziehen wollte, vor, die Regierung einem Vertreter des rechten Parteiflügels wie Andreotti anzuvertrauen. Diese Regierung entstand im Zeichen der Nationalen Solidarität, d.h. als Mitte-Links-Koalition, die auch auf die Stimmen des *PCI* zählen konnte.

Im Laufe der siebziger Jahre setzte sich Andreotti für die Verbesserung der italienisch-österreichischen Beziehungen ein, gewährleistete und verwirklichte eine beidseitig akzeptierte, friedliche Lösung des Südtirol-Konflikts. Obwohl es bei der Verabschiedung und beim Erlass einiger der von dem Paket vorgesehenen Maßnahmen zu Verspätungen kam, die der politischen und sozialen Krise Italiens in den siebziger Jahren sowie der Schwierigkeit geschuldet waren, das italienische Rechts- und Verwaltungssystem den für die Umsetzung des Pakets erforderlichen, verfassungsrechtlichen Neuerungen anzupassen, galt das Verhältnis zwischen der römischen Regierung und der SVP nunmehr als gut und kooperativ. Die Spitzenpolitiker Aldo Moro, Mariano Rumor, Giulio Andreotti und Emilio Colombo waren überzeugte Verfechter der Zusammenarbeit mit der SVP, die sie als Bollwerk gegen die extremistischen Tendenzen der ehemaligen Südtiroler Terroristengruppen ansahen. In jenen Jahren machten die italienischen Regierungen wichtige Zugeständnisse an die deutschen Südtiroler. Maßgeblich dafür war das von Moro gewünschte und von Andreotti akzeptierte Dekret des Staatspräsidenten Nr. 752 vom 26. Juli 1976, das den Artikel 89 des Autonomiestatus der Region Trentino-Südtirol zur Anwendung brachte. Dieser Artikel schrieb vor, dass die öffentlichen Stellen nach ihrer zahlenmäßigen Stärke an die Mitglieder der drei ethnischen Gemeinschaften (Deutsche, Italiener und Ladiner) der Provinz Bozen vergeben werden mussten, so wie sie aus der amtlichen Volkszählung hervorgingen. Die Durchsetzung der Zweisprachigkeit und des sogenannten ethnischen Proporz, der in der Tat zu einer Verminderung der italienischen Präsenz im öffentlichen Dienst der Provinz führte, war ein klares Zeichen dafür, dass die römische Regierung das Leben und die Zukunft der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol nicht beeinträchtigen wollte. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Abgeordneten der SVP

trotz ihres starken Antikommunismus der kommunistenfreundlichen Regierung Andreottis im Juli 1976 ihr Vertrauen ausdrückten.

Was die italienisch-österreichischen Beziehungen betrifft, intensivierten sich die bilateralen Kontakte zwischen Rom und Wien erst im Laufe der achtziger Jahre, als in Italien eine Mitte-Links-Regierung an die Macht kam, die den *PCI* ausschloss, und sich die politische Laufbahn Bruno Kreiskys langsam ihrem Ende zuneigte. Im August 1983 schien die Bildung einer neuen Regierung unter Bettino Craxi, dem dynamischen Chef der Sozialisten, auch für das italienisch-österreichische Verhältnis neue Perspektiven zu eröffnen. Seit einigen Jahren schon war Craxi außenpolitisch engagiert und hatte zahlreiche internationale Beziehungen geknüpft, vor allem mit den deutschen Sozialdemokraten und den österreichischen Sozialisten. Giulio Andreotti, der nach dem Ende der Phase der nationalen Solidarität einige Jahre lang keinen Ministerposten bekleidet hatte, übernahm unter der Regierung Craxis das Amt des Außenministers, das er auch noch unter den nachfolgenden Kabinetten Fanfanis, Gorias und De Mitas bis Juli 1989 innehatte. Die Parteien, die die österreichische Regierung anführten – die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die sozialistische SPÖ – und von Januar 1987 an unter Franz Vranitzky und dem Volkspartei-Chef Alois Mock als Außenminister eine Große Koalition bildeten, waren zu der Einsicht gelangt, dass die Einigung mit Rom forciert werden müsse. Dabei spielte auch eine Rolle, dass es in den Jahren 1988 und 1989 für die Wiener Regierung immer dringlicher wurde, der Europäischen Gemeinschaft (EG) beizutreten. Diese erschien als ein immer vitalerer und dynamischer Wirtschaftsmarkt, und die Veränderungen, die in Zentral- und Osteuropa im Gang waren, zeigten, dass Österreich, wenn es die sich ihm bietenden Gelegenheiten nutzen wollte, seinen politischen Neutralitätsstatus modifizieren und Mitglied der EG werden musste. Die einzige österreichische Partei, die einer rascheren Beilegung des italienisch-österreichischen Streits feindlich gegenüberstand, war Jörg Haider's FPÖ, die sich inzwischen auf ultranationalistischen Positionen befand und die SPÖ-ÖVP-Regierung bezichtigte, Italien gegenüber zu nachgiebig sein und dadurch die Südtiroler zu verraten.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zeigten die Italiener eine noch größere Bereitschaft, die Kontroverse mit Österreich in der Südtirol-Frage so schnell wie möglich zu bereinigen. Die italienische Führungsschicht, nunmehr der wohlwollenden Absichten Wiens versichert, war sogar für eine Annäherung Österreichs an die EG und seinen eventuellen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft. Doch für die italienischen Politiker blieb die Aufnahme Österreichs an die Lösung der Südtirol-Frage gekoppelt. Und diese Position unterstrich Andreotti auch am 12. Dezember 1987 bei einem Treffen mit Österreichs Außenminister Alois Mock in Klagenfurt. Zum einen bestätigte der italienische Politiker, sein Land sei an einer Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft interessiert und befürworte sie, gab aber ebenso zu verstehen, dass Italien größten Wert auf die Lösung des Südtirol-Konfliktes lege.

Die Regierungen Gorias und De Mitas führten diese Politik fort und forcierten die Verabschiedung von Maßnahmen sowie staatlichen und parlamentarischen Verordnungen, die zu dem Südtirol-Paket gehörten, und erfüllten so die Umsetzung des Autonomiestatuts der Region Trentino-Südtirol. Die letzten wichtigen Maßnahmen des Pakets, die das Parlament noch zu beschließen hatte, waren die Maßnahme 111 (Änderung der Wahlkreise für den Senat in Trentino-Südtirol), die Maßnahme 137 (Bildung einer ständigen Kommission für die Provinz Bozen) und eine neue Finanzregelung für die Provinzen Trient und Bozen.

Eine Beilegung des italienisch-österreichischen Streits bis zum Jahresende erschien nun wahrscheinlich. Das einzige und letzte Hindernis auf diesem Weg war jetzt die SVP. Ein Teil der Südtiroler Partei war besorgt um die Zeit nach der Verwirklichung des Pakets, da befürchtet wurde, Italien könne einige seiner Zugeständnisse rückgängig machen und Österreich habe nach der Streitbeilegungserklärung eine geringere Schutzmacht über Südtirol. Daher waren viele gegen das Vorhaben Wiens, die Lösung des Konfliktes mit Rom zu beschleunigen, und forderten, den Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols international zu verankern. Die SVP war de facto gespalten: auf der einen Seite Landeshauptmann Silvius Magnago und seine Anhänger, die

den Wünschen Wiens nachkommen und das Paket zum Abschluss bringen wollten, auf der anderen der Flügel, der von Alfons Benedikter, Mitglied des Bozener Provinzialausschusses, angeführte wurde und der bereits die Annahme des Pakets im Jahr 1969 missbilligt hatte sowie Kritik an der angeblichen Fügsamkeit des alten Obmanns der SVP übte. Die Situation innerhalb der Partei wurde noch kritischer, als Magnago beschloss, sich aus der Führung der SVP und dem Bozener Provinzialausschuss zurückzuziehen, um einer neuen Generationen von Politikern zu weichen. Im September 1988 berichtete Bruno Bottai, der Generalsekretär des Außenministeriums, Andreotti, dass Magnago gegenüber dem Minister Maccanico geäußert habe, er befinde sich durch Benediktters Kritik in großer Bedrängnis, sei aber trotzdem bereit, auf dem Kongress der SVP Ende des Jahres die Annahme des Pakets zu fordern. Doch aufgrund der Verzögerungen durch den italienischen Gesetzgeber und der innerparteilichen Spannungen der SVP – Magnago erhielt mit seiner Linie die Mehrheit, Benedikter trat aus der SVP aus und gründete eine neue radikale Südtiroler Partei, die Union für Südtirol – zog sich die Billigung des Pakets noch weiter hinaus.

Am 7. Januar 1989 traf sich Andreotti erneut mit Mock, diesmal in Paris am Rand der Internationalen Konferenz über das Verbot von Chemiewaffen. Die beiden Minister sprachen über die Südtirol-Frage und kommentierten das Anwachsen des *Movimento Sociale Italiano* (MSI), der rechtsgerichteten nationalistischen Partei, bei den jüngsten Regionalwahlen in Südtirol. Mock war der Ansicht, man müsse Magnagos hohes Ansehen nutzen und den Südtirol-Konflikt so bald wie möglich lösen. Andreotti gab der Überzeugung Ausdruck, dass auch „die Begeisterungswelle für den MSI abebben werde“, sobald die letzten Probleme hinsichtlich des Pakets gelöst seien. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über eine Reduzierung der konventionellen Waffen in Wien führte Andreotti Gespräche mit Vranitzky, Mock und dem österreichischen Bundespräsidenten Waldheim und bekräftigte bei dieser Gelegenheit, dass vonseiten Italiens dem EG-Beitritt Österreichs nichts im Wege stehe und dass die Neutralität des Landes kein Hindernis sei: Für Italien sei Österreichs Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft eine „logische Tatsache“.

Wie die österreichische Regierung Italien gegenüber bereits im Vorfeld angekündigt hatte, stellte sie am 17. Juli formell das Ansuchen für die Aufnahme in die EG, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Die französische Präsidentschaft der EG nahm den österreichischen Antrag offiziell zur Kenntnis, erinnerte jedoch an das Problem der Neutralität des österreichischen Staates und betonte die Position der Europäischen Gemeinschaft, die in erster Linie die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992 anstrebte und neue Beitritte erst nach dem Abschluss dieses Prozesses zu erwägen gedachte.

Der Beitrittsantrag Österreichs in die Europäischen Gemeinschaften erfolgte mit der deutlichen Unterstützung der Bundesrepublik und Italiens, stieß jedoch anfangs auf nicht wenige Hindernisse und Schwierigkeiten. Es war immerhin ein Akt, der sich in einem heiklen politischen Moment vollzog, in dem sich über Jahrzehnte hinweg konsolidierte Gleichgewichte veränderten. Viele europäische Regierungen befürchteten Schritte, die die Übergangsphase in Osteuropa schwieriger und komplexer gestalten könnten. In zahlreichen europäischen Kanzlerämtern herrschte der Wille vor, nichts zu unternehmen, was die Sowjetunion als feindliche Geste interpretieren könnte, da für diese der neutrale Status Österreichs jahrzehntelang ein wichtiges Element ihrer Europapolitik dargestellt hatte.

Trotz des Drängens der Bonner Regierung zögerte die Europäische Gemeinschaft die Verhandlungen über die Aufnahme Österreichs hinaus, da sie in Sorge war, Moskau zu irritieren. Am 28. Juli 1989 beauftragte der Europäische Rat die Kommission, das Dossier mit dem österreichischen Beitrittsersuchen zu studieren und dazu Stellung zu nehmen. Es sollten allerdings zwei Jahre vergehen, bis die Kommission am 1. August 1991 ihr weitgehend positives Gutachten über den EG-Beitritt Österreichs vorlegte. Die Verzögerung ist dadurch zu erklären, dass einige europäische Staaten, vor allem Frankreich und Spanien, die Aufnahme Österreichs hinauszuziehen wollten, um abzuwarten, bis sich die Lage auf dem europäischen Kontinent geklärt und stabilisiert

habe und der Prozess der institutionellen Umstrukturierung innerhalb der EG abgeschlossen sei.

Ende Juli 1989, genau in dem Monat, in dem das Beitrittsersuchen Österreichs eingereicht wurde, bildete Giulio Andreotti eine neue Regierung, die sechste unter seiner Führung, die bis April 1991 dauern sollte und auf die ein weiteres Kabinett Andreottis (das sogenannte Andreotti VII) folgen sollte, das bis zum 28. Juni 1992 im Amt blieb. Die verschiedenen Regierungen Andreottis bildeten die letzte Phase des *Pentapartito*-Bündnisses, einer Koalition aus *DC*, Sozialisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern, die das Land über weite Strecken der achtziger Jahre verwalteten. In der Zeit, in der Andreotti Ministerpräsident war, ging das Außenministerium auf Gianni de Michelis über, einen sehr aktiven und im Aufstieg begriffenen sozialistischen Politiker.

Das entscheidende internationale Problem, mit dem sich die Regierung Andreotti gleich in den ersten Monaten ihrer Existenz konfrontiert sah, war das Wiederaufflammen der Deutschland-Frage. Nachdem die Berliner Mauer gefallen war und die Bürger der DDR sich frei bewegen und aus dem Land ausreisen konnten, verschärfte sich die Krise der im Einflussbereich der Sowjetunion stehenden kommunistischen Regime Europas. Ohne die europäischen Partner vorher darüber zu informieren, präsentierte der deutsche Kanzler Helmut Kohl im November ein 10-Punkte-Programm, das die rasche Wiedervereinigung der BRD und der DDR zu einem einzigen Staat vorsah. Wie auch die meisten europäischen Partner (Großbritannien, Frankreich und Holland) war Andreotti gegen eine zu schnelle deutsche Wiedervereinigung, da er fürchtete, dass auf diese Weise der Entspannungsprozess zwischen den zwei Machtblöcken in Frage gestellt und die Reformbestrebungen Gorbatschows beeinträchtigt werden könnten. Die Versuche, den deutschen Wiedervereinigungsprozess zu verlangsamen, erwiesen sich freilich als vergeblich, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten die Kohlsche Politik unterstützten und die Idee der Wiedervereinigung bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung auf großen Konsens stieß. Als die italienische Regierung, wenn auch mit einer gewissen Verspätung, einsah, dass der deutsche Wiedervereinigungsprozess unaufhaltsam war, handelte sie pragmatisch und beschloss, die politische Strategie Frankreichs nachhaltig mitzutragen, welche darauf abzielte, die Unterstützung der Kohlschen Wiedervereinigungspläne an den Prozess einer weiter gefassten europäischen Integration zu knüpfen bzw. zur Bedingung zu machen. Wenn Italien einerseits von den internationalen Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung ausgeschlossen wurde, konnte es sich jedoch andererseits eine bedeutende Rolle in den zwischenstaatlichen Verhandlungen erobern, die zur Lancierung des Projekts der Europäischen Währungs- und politischen Union führten, das dann den im Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union nach sich zog.

Im Sommer und Herbst 1989 erklärte Andreotti öffentlich, dass Italien die Aufnahme Österreichs in die Europäische Gemeinschaft befürworte. Er betonte allerdings, Österreich müsse dazu bereit sein, mit den europäischen Partnern die Lösung einiger Fragen abzustimmen, wie z.B. die des Fernverkehrs auf den Autobahnen. Außerdem unterstrich er, dass nun die Zeit reif sei für eine rasche Verabschiedung des Südtirol-Pakets, die seine Regierung in Angriff nehmen wolle.

Obwohl es der österreichischen Regierung missfiel, wenn offen bzw. öffentlich davon die Rede war, und sie einen Zusammenhang zwischen der Aufnahme in die EG und der Südtirol-Frage leugnete, war der Südtirol-Konflikt - d.h. die Tatsache, dass Österreich weiterhin Grenzstreitigkeiten mit Italien, einem Mitgliedsstaat der EG, unterhielt - lange ein Hindernis im Verhältnis zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft. Beide Regierungen sahen den Südtirol-Streit nunmehr als ein Relikt aus der Vergangenheit an und wollten ihn so bald wie möglich ausräumen. Doch stand der Beilegung die diffizile politische Lage in Südtirol und Tirol im Wege, wo für nationalistischer eingestellte Bereiche der Öffentlichkeit die Lösung der diplomatischen Kontroverse vor der UNO gleichbedeutend war mit dem Ende der historisch-politischen Südtirol-Frage - d.h. mit einem österreichischen Verzicht auf das Prinzip der nationalen und historischen Einheit Tirols und auf theoretisch mögliche Gebietsforderungen - und die deshalb einen solchen politischen Schritt nicht akzeptieren wollten. Vertreter

der Tiroler Volkspartei forderten, Italien solle ein theoretisches Recht der Tiroler auf Selbstbestimmung anerkennen und schlugen vor, eine Europaregion Tirol einzurichten, um die geistige und politische Tiroler Einheit wiederherzustellen. In Südtirol herrschte eine schwierige Situation, insbesondere aufgrund der politischen Übergangsphase innerhalb der SVP, da im April 1991 die Präsidentschaft von Magnago auf Roland Riz überging. Magnago war ein überzeugter Anhänger des Abkommens von 1969 und befürwortete die Verabschiedung des Pakets, zumal ihm bewusst war, wie wichtig dieser Schritt im Hinblick auf Wiens EG-Beitritt war. Riz, ein hochkarätiger Jurist, der eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung so vieler Maßnahmen des Südtirol-Pakets gespielt hatte, teilte die Position Magnagos, genoss aber weniger Ansehen innerhalb der Partei und stand unter dem Druck des unnachgiebigen Flügels, der eine internationale Verankerung des Pakets verlangte, als Garantie dafür, dass Italien auch wirklich die Autonomie der Provinz Bozen respektiere.

Das Treffen zwischen Vranitzky und Andreotti, das im November 1991 in Rom stattfand, markierte den Beginn einer entschiedenen Forcierung der Verhandlungen, die die Schlichtung des italienisch-österreichischen Südtirol-Streits anstrebten. Eine weitere wichtige Etappe auf diesem Weg stellte der Meraner Kongress der SVP am 23. November 1991 dar. Dort stimmte eine Mehrheit der Partei für eine von Riz eingereichte und von Magnago unterstützte Resolution, in der die Bereitschaft zu einer künftigen Verabschiedung des Pakets erklärt wurde, allerdings nur unter der Bedingung einer internationalen Verankerung.

Die Wiener Regierung wollte die Frage so schnell wie möglich zum Abschluss bringen, um ein mögliches Hindernis für den EG-Beitritt auszuräumen: Eine eventuelle internationale Verankerung des Pakets wurde, vor allem auf innenpolitischer österreichischer Ebene, sicher positiv eingeschätzt, doch war man sich auch bewusst, dass im Falle eines schweren politischen Konfliktes zwischen den beiden Staaten die juristischen Mittel, einen internationalen Schutz zu gewährleisten, nutzlos waren. Anfang Dezember trafen sich Vranitzky und Mock in Wien mit Riz und Magnago und bekräftigten gegenüber den Führern der SVP, dass die Kontroverse zeitnah beigelegt werden müsse. Riz zeigte sich unschlüssig, obwohl ihm nicht nur die Wiener Regierung, sondern auch Magnago selbst nahelegte, das Paket und die Südtirol-Frage schnellstmöglich einem Ende zuzuführen. In den folgenden Wochen bestand Riz weiterhin darauf, dass die Zustimmung der SVP an eine internationale Verankerung des Pakets geknüpft werden müsse. Im Januar fanden zwischen Rom, Bozen und Wien intensive Verhandlungen statt, um eine politische Lösung zur Entspannung der Lage zu finden und das Paket sowie den internationalen Streit abzuschließen. In dieser Hinsicht besonders engagiert waren Alcide Berloff, Andreottis Vertrauensmann in der Südtirol-Frage, und Ludwig Steiner, ein enger Mitarbeiter Mocks. Dem österreichischen Außenminister war sehr daran gelegen, die Südtirol-Kontroverse beizulegen und die Beziehungen zu Rom zu verbessern.

In einem an Andreotti und De Michelis gerichteten Vermerk vom 22. Januar 1992 prüfte Bottai, der Generalsekretär der *Farnesina*, die Aussichten, die Südtirol-Frage bis zum Ende der Legislaturperiode abzuschließen (die italienischen Parlamentswahlen sollten im April stattfinden). Zu diesem Zweck mussten, nach Ansicht Bottais, noch zwei Schwierigkeiten bewältigt werden: Der Beschluss einer allgemein gültigen Durchführungsbestimmung, um einigen Forderungen der SVP nachzukommen, d.h. verschiedene Kompetenzen wiederherzustellen, die der Provinz erklärtermaßen durch gewöhnliche Gesetze oder Entscheidungen des Verfassungsgerichts entzogen worden waren, und die Forderung des Senators Riz, Präsident der SVP, in den Akten der Streitbeilegung eine Form von internationaler Verankerung des „Pakets“ festzuschreiben, die der jüngste Partei-Kongress als Vorbedingung beschlossen hatte. Der zweite Punkt war äußerst problematisch. In langen Diskussionen mit italienischen Beamten hatte Riz gefordert, dass dem an Österreich zu übermittelnden Text die Akten der Parlamentssitzung beigefügt werden sollten, in denen der italienische Ministerpräsident in seinen Schlusserklärungen zur Regierungstätigkeit die Erfüllung des Pakets ankündigte. Außerdem sollte diese auch eine Kopie des Autonomiestatutes der Region

Trentino-Südtirol von 1972 enthalten, mit einer Beschreibung, die den Zweck hatte, die italienische Umsetzung des Pakets an die Einhaltung des Gruber-De Gasperi-Vertrags zu knüpfen. Den Forderungen von Riz nachzukommen, hätte bedeutet, die traditionelle Linie Italiens zu verleugnen, der zufolge der Vertrag von 1946 mit der Einrichtung des Autonomiestatutes der Region Trentino-Südtirol in vollem Umfang umgesetzt worden war und die übrigen Bestimmungen des Pakets davon unabhängige, unilaterale Zugeständnisse des italienischen Staates waren. Angesichts der unerbittlichen Positionen von Riz und der SVP, ohne deren Zustimmung die Wiener Regierung die Südtirol-Frage niemals beigelegt hätte, hatten die italienischen Beamten des Außenministeriums und der *Affari Regionali* (Regionalen Angelegenheiten) zusammen mit Riz die Formulierung des Textes geprüft und ausgehandelt, die der Südtiroler Politiker dem an Österreich zu richtenden Schreiben beigefügt wissen wollte.

Bottai riet der Regierung, die Forderungen von Riz zu erfüllen und den Südtirol-Streit so bald wie möglich zu beenden. In der Tat war Andreotti einverstanden und befolgte diesen Rat. In den Tagen danach beauftragten Andreotti und De Michelis Alessandro Quaroni, den italienischen Botschafter in Wien, ein Gespräch mit Mock zu führen, um ihm die italienische Bereitschaft zu signalisieren, Riz gegenüber Konzessionen zu machen und ihm die internationale Verankerung des Pakets zuzusichern. Am Morgen des 28. Januars traf sich Quaroni mit Mock und unterbreitete ihm den Kompromisstext für die zu übermittelnden Parlamentsakten, die zur Erfüllung des Pakets dienten.

In den darauffolgenden Stunden fanden frenetische Kontakte zwischen der Wiener Regierung, der SVP und der von dem Botschafter Emil Staffelmayr geleiteten österreichischen Botschaft in Rom statt. Nach einer Konsultation mit Riz gab Mock am Nachmittag des 28. Januars Quaroni eine Antwort. Der italienische Botschafter telefonierte mit der Regierung in Rom und berichtete, dass Österreich „den für Sen. Riz [Riz] akzeptablen Text“ angenommen habe. Sobald Italien die Parlamentsakten und den Text des Autonomiestatutes übermittelt habe, werde sich Österreich auf eine einfache, kommentarlose Kenntnisnahme beschränken.

Am Morgen des 30. Januars 1992 verabschiedete der Italienische Ministerrat vier Südtirol betreffende Durchführungsbestimmungen, die die restlichen Forderungen der SVP erfüllten, und am Nachmittag präsentierte sich Andreotti für die Schlusserklärungen zur Regierungstätigkeit im Parlament, deklarierte, dass die italienische Regierung die Verpflichtungen des Südtirol-Pakets eingelöst habe, und kündigte weitere diplomatische Schritte zur Beilegung der internationalen Kontroverse mit Österreich an. In einer wichtigen Passage seine Rede erklärte Andreotti, dass alle die im Interesse der Südtiroler getroffenen Maßnahmen künftig lediglich infolge einer Zusammenarbeit und eines Dialoges zwischen der italienischen Zentralregierung und der Südtiroler Bevölkerung, und nur mit der Zustimmung letzterer, abgeändert werden könnten.

Durch die Entscheidung der italienischen Regierung - bei der Andreotti eine maßgebliche Rolle spielte -, den Forderungen Ritz nach einer internationalen Verankerung des Südtirol-Pakets entgegenzukommen, war der Weg für die Beilegung des Streites mit Österreich geebnet. In den Wochen danach fand jedoch eine Protestkampagne der Südtiroler Schützenvereine gegen die Verabschiedung des Pakets statt. Dieser Umstand und der ausdrückliche Wille, den Gegnern der Streitbeilegung, d.h. dem *MSI* und der Union für Südtirol, keine propagandistischen Argumente zu liefern, brachten Andreotti, die Wiener Regierung und Riz dazu, den formellen Abschluss der Südtirol-Frage auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben.

Die italienischen Parlamentswahlen des 5. und 6. Aprils führten zu einer Verschärfung der Krise des politischen Systems der *Prima Repubblica*: Die *Lega Nord* verzeichnete einen starken Zugewinn, und die Stimmen der DC sanken unter die politisch traumatische Grenze von 30 Prozent. Die Regierung Andreotti blieb bis Ende Juni 1992 im Amt, um den Regierungsgeschäften nachzugehen, anschließend trat ein neues Kabinett unter Giuliano Amato an.

Auf Anregung des Botschafters Quaroni und des Ministers De Michelis wurden die italienisch-österreichischen Verhandlungen wiederaufgenommen; letzterer kontaktier-



te den Bundeskanzler und sozialistischen Kollegen Vranitzky. Sowohl De Michelis als auch Vranitzky waren der Auffassung, dass die friedliche Lösung des Südtirol-Konfliktes ein positives Modell für die Bereinigung von Streitigkeiten zwischen europäischen Staaten darstellen könne. Andreotti teilte diese Auffassung und nutzte die letzten Regierungswochen dazu, die Beilegung der Südtirol-Frage zu beschleunigen. Am 22. April wurden die Texte der letzten Maßnahmen zur Umsetzung des Pakets in der italienischen *Gazzetta Ufficiale* veröffentlicht, und noch am selben Tag übergab Bottai, der Generalsekretär der *Farnesina*, dem österreichischen Botschafter in Rom, Emil Staffelmayr, eine diplomatische Note des italienischen Außenministeriums, in der Wien von der Ratifizierung des Pakets unterrichtet wurde. Die Note enthielt den von Riz und der österreichischen Regierung abgesprochenen Text, wobei direkt auf die Kopplung des Pakets an das Gruber-De Gasperi-Abkommen eingegangen würde.

Wie im Punkt 13 des Abkommens von 1969 vorgesehen, begann mit der Übergabe besagter Note von italienischer Seite offiziell eine Frist von 50 Tagen, innerhalb derer Österreich die Streitbeilegungserklärung abzugeben hatte. Noch am Abend des 22. Aprils berief Mock, der österreichische Außenminister, Quaroni ein und händigte ihm als Antwort auf die italienische Note seinerseits eine Verbalnote aus. Diese bestand aus Dankesworten und aus der Kenntnisnahme der italienischen Mitteilung, welche ungekürzt Eingang in das Wiener Dokument fand, sowie aus der Erklärung, dass sich die österreichische Regierung eine weitere Stellungnahme ausbedinge, sobald geprüft worden sei, inwieweit die Liste der Maßnahmen in der italienischen Note dem Kopenhagener Abkommen entspreche. Mock dankte Andreotti und dem italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga für die Zielstrebigkeit, mit der sie die Autonomie der Provinz Bozen vorantrieben. Die österreichische Regierung hatte den Text der italienischen Note bereits diskutiert und die Aussichten auf eine Beilegung des Streits in naher Zukunft positiv eingeschätzt: Vor allem Bundeskanzler Vranitzky hatte den Vorbildcharakter des juristischen Status der Provinz Bozen für ganz Europa betont und sich lobend über die Bemühungen beider Seiten geäußert, den Konflikt zu lösen, während die Vertreter des ÖVP zwar optimistisch waren, aber auf die anstehende Entscheidung der SVP verwiesen.

In den Tagen danach wuchs die Unruhe im Vorstand der SVP, der für Ende Mai eine außerordentliche Landesversammlung der Partei einberief, um über den Abschluss des Pakets abzustimmen. Die Zugeständnisse der italienischen Regierung waren für Riz und Magnago nicht ausreichend, sie fürchteten, dass die „Justiziabilität“ durch den Den Haager Gerichtshof nicht garantiert sei und verlangten zusätzliche juristische und politische Zusicherungen. Riz ließ Rom und die Wiener Regierung wissen, dass er eine baldige Schlichtung des Streites mit Italien begrüße, innerhalb seiner Partei aber große Schwierigkeiten mit den Gegnern der österreichischen Streitbeilegungserklärung habe. Er halte einen positiven Ausgang der außerordentlichen Landesversammlung Ende des Monats für unsicher, es sei denn, er könne den deutlichen Beweis erbringen, dass Italien garantiere, ohne Zustimmung der deutschsprachigen Südtiroler in Zukunft keine Änderungen am Autonomiestatus vorzunehmen: Zu diesem Zweck müsse, nach Ansicht von Riz, der in Kopenhagen vereinbarte Wortlaut der Streitbeilegungserklärung unbedingt „aktualisiert“ werden, um den Forderungen der SVP entgegenzukommen.

In jenen Wochen übten auf der einen Seite die Wiener Regierung, die österreichische Volkspartei und die Sozialisten starken Druck auf die Führer der SVP aus, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Südtirol-Konflikt endgültig zu bereinigen, wobei sie die Zugeständnisse unterstrichen, die Italien schon gemacht hatte. Auf der anderen erklärte sich Italien angesichts des Risikos, Wien könne ohne das Placet der SVP die Beendigung der Kontroverse blockieren, einverstanden, den 1969 abgestimmten Wortlaut der Streitbeilegungserklärung neu zu formulieren. Am 29. Mai, also einen Tag vor dem Meraner Kongress der SVP, beschlossen Italien und Österreich einvernehmlich, den Wortlaut der in Kopenhagen ausgehandelten, österreichischen Streitbeilegungserklärung abzuändern: Außer den Maßnahmen des Paketes und den Autonomiestatuten von 1972 enthielt der Text auch Hinweise auf die italienische Note vom

22. April sowie auf Andreottis Erklärungen vom 30. Januar 1992, die auf die Maßnahmen des Pakets und die Autonomiestatuten von 1972 eingingen.

Am 30. Mai fand in Meran die außerordentliche Landesversammlung der SVP statt, die mit einer Mehrheit von 82,86 Prozent für den Abschluss des Pakets stimmte. Anfang Juni billigten die Regierung und das Parlament des Landes Tirol das Paket und erkannten seine Umsetzung an. Am 5. Juni gelangte die Diskussion des Pakets in den Wiener Nationalrat, der nach fünfeinhalb Stunden Debatte, die vom öffentlichen Fernsehen direkt übertragen wurde, für die österreichische Streitbeilegungserklärung an Italien stimmte. Die Einzigen, die sich der Schlichtung der Südtirol-Frage widersetzen, waren die Abgeordneten der FPÖ Haiders, politische Paten und Förderer der radikalen nationalistischen Gruppe Union für Südtirol von Alfons Benedikter und Eva Klotz.

Am 10. Juni trat das bilaterale italienisch-österreichische Abkommen in Kraft, dass im Verhältnis zwischen den beiden Ländern den Artikel 27, Buchstabe a), der 1957 verabschiedeten europäischen Konvention zur friedlichen Regelung von internationalen Streitfragen modifizierte. Am 11. Juni übergab das österreichische Außenministerium dem Botschafter Quaroni eine Verbalnote, die die österreichische Streitbeilegungserklärung enthielt. Ebenfalls am 11. Juni nahm die *Farnesina* mit einer eigenen Note Kenntnis von dem Empfang der Wiener Erklärung. Noch am gleichen Tag teilten beide Seiten den Generalsekretären der UNO und des Europarats die Beilegung des Streits um die Umsetzung des Gruber-De Gasperi-Abkommens mit.

Die Südtiroler Frage war damit beendet. Eine Kontroverse, die die Beziehungen zwischen der EG und Österreich über viele Jahre hinweg behindert hatte, war überwunden, und die Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft, die mit dem Maastricht-Vertrag zur Europäischen Union geworden war, hatte sich weiter vereinfacht.

Um den Südtirol-Konflikt vor der UNO zu lösen, hatte die römische Regierung in der Tat beschlossen, eine jahrzehntelang verfochtene politische und juristische Position aufzugeben, die eine Internationalisierung der Südtirol-Frage ablehnte. Dies ist, unserer Ansicht nach, nicht dem Verhandlungsgeschick Rizs und der österreichischen Politiker und Diplomaten zu verdanken, sondern vielmehr einer veränderten italienischen Wahrnehmung der Südtirol-Frage. Das Hauptelement, das Andreotti und die italienische Diplomatie dazu veranlasste, diese Konzession an Österreich und die SVP zu machen, war eine realistische Einschätzung sowohl der sich in Europa abzeichnenden Veränderungen als auch der Auswirkungen, die diese auf eine Frage wie die der Situation der deutschen Minderheit in Südtirol haben könnten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Ende der politischen Teilung des Kontinents und der Wiederbelebung der europäischen Integration durch die Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags war der Weg frei für ein immer kompakteres Europa und eine zunehmende Europäisierung von Fragen wie dem Rechtsschutz von ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten. Die Angst vor einer österreichischen Einmischung in Südtirol und die Verteidigung der eigenen Souveränität nach den Mustern der Nachkriegszeit hatten keinen Sinn mehr im Europa Maastrichts, in dem die Trennung zwischen inneren und internationalem politischen Leben immer schwächer wurde und sich der Minderheitenschutz zu einer europäischen Frage entwickelt hatte. Im vereinigten Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts stellte die internationale Verankerung des Pakets für Italien keine Gefahr mehr dar.

Giulio Andreotti gebührt zugegebenermaßen das Verdienst, einer der umsichtigsten und konsequentesten Akteure der Versöhnungs- und Kompromisslinie mit dem österreichischen Nachbarn gewesen zu sein, die die italienische Führungsschicht der *Prima Repubblica* mit einer klaren und strategischen politischen Vision verfolgte. Andreotti hatte De Gasperis Lektion verinnerlicht, und zwar nicht so sehr in der Art Politik zu begreifen und zu betreiben, sondern vielmehr, indem er einige Entscheidungen des Trentiner Staatsmannes auf internationaler Ebene teilte: die Förderung des europäischen Integrationsprozesses, der Glaube an eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarstaaten und die Überzeugung, dass regionale und lokale Autonomien ein friedensstiftendes und die europäischen Völker einendes Instrument seien.

## **Auszüge aus der Diskussion**

### **Frage:**

Was war der Inhalt der Streitbeilegungserklärung?

### **Antwort:**

Es sind mehr als 100 Maßnahmen, die die italienische Regierung durchführen wollte, um die Lage in Südtirol zu verbessern, sehr komplizierte Maßnahmen, wie eine Veränderung der Verfassung, der Statuten der Region Trentino-Südtirol. Es war ein sehr komplizierter Prozess und dauerte viele Jahre.

Das Problem des Gruber-De Gasperi Abkommens 1946 war, dass es ein sehr allgemeiner Vertrag war. Es war nur der Beginn des Dialogs zwischen Österreich und Italien über Südtirol. Zum ersten Mal gestand Italien Österreich das Recht zu, in einem internationalen Vertrag über Südtirol zu sprechen.

### **Frage:**

Es gibt die Befürchtung, dass Rom immer mehr versucht in Südtirol mitzubestimmen. Allerdings ist Südtirol wirtschaftlich sehr stark und unterstützt Rom finanziell sehr. Teilen Sie die Befürchtung?

### **Antwort:**

Südtirol ist so stark, dass es für die italienische Regierung schwierig ist irgendetwas gegen die südtiroler Autonomie zu unternehmen. Die Lage dort ist so gut, dass es auch nicht möglich ist, etwas zu verbessern. Und die italienische Regierung hat viel größere Probleme, über die sie nachdenkt, als Südtirol.

Allerdings ist die Lage in Südtirol fragil, wie in jeder Grenzregion. Es hängt nicht nur von der Entwicklung in Italien ab, sondern auch von der europäischen Entwicklung. Das sieht man zum Beispiel in der Migrantenfrage. In Österreich gab es eine Debatte darüber, die Brenner-Grenze zeitweise zu schließen. Das war schockierend für Südtirol.

### **Frage:**

Wie haben sich die deutsche Einigung oder der Zerfall Jugoslawiens auf das Abkommen ausgewirkt? Was bewirkten die Sezessionsbestrebungen in Ex-Jugoslawien im Hinblick auf die Position Roms zu Südtirol, wo es auch eine Selbstbestimmungsdebatte gibt. Die Rahmenbedingungen hatten sich grundsätzlich verändert. Hat man daher so schnell Zutrauen gefunden zu einer politischen Lösung?

### **Antwort:**

Italien hatte Interesse an einem Kompromiss mit Österreich weil es ein schwacher Staat ist, innen-, außen- und militärpolitisch. Es braucht gute Beziehungen mit den Nachbarn. Italien nach dem Faschismus wollte seine nationalen Interessen verteidigen und eine Freundschaftspolitik mit den Nachbarn pflegen. Für Italien sind Kompromisse notwendig. Für die italienische Außenpolitik sind nicht nur die Beziehungen zu Österreich wichtig, sondern auch die zu Deutschland. Nach dem Ersten Weltkrieg verstanden die Italiener, dass die Lage in Südtirol wichtig für die Beziehungen zu Berlin war. Das liberale Italien wollte eine Lösung, die sehr ähnlich dem war, was es heute gibt: viel Autonomie und Freiheit für die Deutschen in Südtirol.

Für Italien ist eine starke Beziehung zu Deutschland wichtig, denn seine geopolitische Lage im Mittelmeer ist schwierig. Es braucht wirtschaftlich, politisch und militärisch eine starke Beziehung zu einem starken kontinentalen Land.

Mussolini dachte anders und begann mit der Italienisierung Südtirols. Für den italienischen Faschismus der 1920er Jahre war Deutschland ein Feind, nicht Partner. Erst Ende der 1920er erkannte Mussolini, dass das ein Fehler war; die Italienisierung war ein Misserfolg. Dann kam Hitler und mit ihm konnte er die Südtiroler nicht italienisieren, also schickte er die meisten weg. Nach dem Faschismus ist Italien zurückgekehrt zur Politik des Dialogs mit Österreich und Deutschland.

Deutschland war zu Beginn der 1960er neutral in der Südtirol-Frage, am Ende der 1960er nicht mehr. Man sagte den Österreichern, sie müssten eine Lösung in der Südtirol-Frage finden, denn sie sei gefährlich weil Deutschlands Rechte das Thema in der deutschen Innenpolitik nutzen könnten.

Ende der 1980er war die Südtirol-Frage eine andere. Italien, Österreich und Deutschland hatten eine Lösung gefunden. Die wahre, die politische Lösung gab es 1969, danach ging es nur noch um juristische Dinge. Der Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion waren der Anstoß, die Südtirol-Frage abzuschließen. Die Probleme um Südtirol waren nicht mehr die gleichen. Österreich war nicht mehr Italiens Feind, sondern Partner in vielen Jahren der Zusammenarbeit, auch in den Südtirol-Verhandlungen. Es ist ein Problem bei allen Minderheiten- und Grenzkonflikten: um eine Lösung zu finden musst du in den Nachbarn Vertrauen haben. Die Lösung war eine zwischenstaatliche zwischen Österreich und Italien, keine europäische. Aber es ist eine europäische Erfolgsgeschichte: zwei Staaten haben eine friedliche Lösung gefunden. Heute ist Südtirol eine der reichsten Regionen Europas.

### **Frage:**

In Europa herrscht Freizügigkeit. Heißt das, dass sich heute Österreicher und Italiener ungehindert in Südtirol ansiedeln können? Das könnte die zahlenmäßige Relation verändern.

### **Antwort:**

Es gibt Freizügigkeit, aber als Italiener nach Südtirol zu gehen ist kompliziert. Es gibt Maßnahmen gegen eine italienische Zuwanderung. Mit dem zweiten Autonomiestatut wurde eine Provinzialautonomie mit Proporzregelung möglich. Ein Italiener aus Modena, der in Bozen ein Haus kaufen will, braucht eine Genehmigung des Staats und der Gemeinde.

Wegen des Proporztes im öffentlichen Dienst gibt es Italiener, die, wenn Sie dort arbeiten wollen, behaupten, dass sie Deutsche sind. Es gibt einen Prozess der Assimilierung einiger Italiener. Es gibt keine Gefahr der Italienisierung mehr.

### **BIBLIOGRAPHIE:**

ALCOCK, ANTONY EVELYN, *The History of the South Tyrol Question*, London-Geneva, 1970.

ALCOCK, ANTONY EVELYN, *Geschichte der Sudtirolofrage. Sudtirolo seit dem Paket 1970-1980*, Wien, 1982.

BERLOFFA, ALCIDE, *Gli anni del Pacchetto. Ricordi raccolti da Giuseppe Ferrandi*, Bozen, 2004.

CORSINI, UMBERTO LILL, RUDOLF, *Alto Adige 1918-1946*, Bozen, 1988.

CORSINI, UMBERTO, *Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'accordo Degasperi-Gruber*, Trento, 1994.

D'AMELIO, DIEGO, DI MICHELE, ANDREA, MEZZALIRA GIORGIO, eds., *La difesa dell'italianità. L'ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945-1954)*, Bologna, 2015.

DI MICHELE, ANDREA PALERMO, FRANCESCO PALLAVER, GÜNTHER, 1992. *Fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura della questione sudtirolese*, Bologna, 2003.

EICHTINGER, MARTIN WOHNOUT, HELMUT, *Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte*, Wien, Graz, Klagenfurt, 2008.

GEHLER, MICHAEL, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*, Innsbruck-Wien-Bozen, 2005.

GEHLER, MICHAEL, *Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart*, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006.

GEHLER, MICHAEL, GUIOTTO, MADDALENA, eds., *Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen*

*Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/1949 bis zur Gegenwart*, Wien, Köln, Weimar, 2012.

GEHLER, MICHAEL, STEININGER, ROLF, eds., *Österreich und die europäische Integration 1945-1993*, Wien, 1993.

GHEDA, PAOLO, ROBBE, FEDERICO, *Andreotti e l'Italia di confine: lotta politica e nazionalizzazione delle masse (1947-1954)*, Milano, 2015

MONZALI, LUCIANO, *Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica*, Firenze, 2011.

MONZALI, LUCIANO, *Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 1972-1992*, Meran, 2016.

PASTORELLI, PIETRO, *La politica estera italiana del dopoguerra*, Bologna, 1987.

SCARANO, FEDERICO, *Italia e mondo tedesco nell'epoca di Adenauer. Il problema sudtirolese e la politica di Antonio Segni*, Napoli, 2012.

STEINER, LUDWIG, *Diplomatie-Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich. 1972-2007*, Bozen, 2008.

STEININGER, ROLF, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947-1969*, Bozen, 1999.

TOSCANO, MARIO, *Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige*, Roma-Bari, 1967.